

Stellungnahme des NRW-Netzwerks Friedens- und Konfliktforschung zur Landtagswahl 2022

Die Friedens- und Konfliktforschung in NRW muss entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 2019 strukturell gestärkt werden. Die forschenden Einrichtungen in NRW schlagen dazu folgende Sofortmaßnahmen vor:

- Die Grundfinanzierung universitärer und außeruniversitärer Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in NRW wird mittels eines Friedensforschungsfördergesetzes erhöht und so gestärkt, dass wissenschaftliche Expertise in zentralen Forschungsfeldern dauerhaft vorgehalten werden kann.
- Um die naturwissenschaftlich-technische Friedensforschung in NRW institutionell abzusichern, wird ein neues *Center for Technology and Global Security* geschaffen.
- Ein gemeinsamer *Friedensforschungscampus NRW* wird gefördert, welcher friedensbildende Projekte, Austausch und Kooperation lokal, regional und international verbindet.
- Vertiefte Expertise sowie der Wissenschafts-Politik-Dialog werden über neue Förderlinien und z.B. die Einrichtung einer Transferstelle gestärkt.

Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen

Der russische Krieg gegen die Ukraine verdeutlicht als aktuelles Beispiel die hohe Relevanz der Friedens- und Konfliktforschung. Bereits in der Vergangenheit haben die Kriege u.a. im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak oder in Syrien sowie innergesellschaftliche Konflikte in Europa gezeigt, wie wichtig Strategien der Gewaltprävention, der Mediation sowie der Konfliktbewältigung sind. Die Marginalisierung von Rüstungskontrolle und (nuklearer) Abrüstung hat die Gefahren von internationalen Krisen und Kriegen substanziell erhöht. Die Verbreitung unbemannter Waffensysteme sowie Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur weiten Konfliktszenarien erheblich aus. Auch dem zunehmenden und durch neue Medien beschleunigten Extremismus und Populismus muss langfristig intelligent und evidenzbasiert begegnet werden. Diese Entwicklungen betreffen NRW unmittelbar.

Die universitären und außeruniversitären Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen leisten zum einen naturwissenschaftlich-technische sowie gesellschafts-, geistes- und rechtswissenschaftliche Grundlagenforschung, die Problemfelder konzeptionell und empirisch beschreibt und Erkenntnisse interdisziplinär verbindet. Sie gehen zum anderen anwendungsorientierten Fragen nach, um Antworten auf aktuelle politische Probleme zu finden. Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung in NRW erfahren bundesweit und international Anerkennung in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, werden aber auch in NRW von Ministerien, den Kommunen und der Zivilgesellschaft stark nachgefragt. Die Institute des Landes zeichnen sich im bundesdeutschen Vergleich unter anderem durch ihre sehr hohe Drittmittelstärke aus.

Die Friedens- und Konfliktforschung in NRW hat sich im Anschluss an die Evaluation durch den Wissenschaftsrat stärker vernetzt; sie trägt zu **drei zentralen Themenbereichen** bei:

1) Forschung zu Gewaltkonflikten weltweit und humanitären sowie entwicklungspolitischen Fragen; 2) Naturwissenschaftlich-technische Friedens- und Konfliktforschung; 3) Forschung zu innergesellschaftlichen Konflikten und Gewalt in westlichen Industriegesellschaften. Die Themenfelder sind eng miteinander verknüpft und für das Land NRW von unmittelbarer Relevanz.

Handlungsbedarfe und Empfehlungen für die neue NRW Landesregierung

1. Der Friedens- und Konfliktforschung in NRW fehlt es an dauerhaften Personalkapazitäten, um ihre Expertise unabhängig von befristeten, drittmittelgeförderten Forschungsprojekten vorzuhalten. Seit der Evaluation des Wissenschaftsrates gab es keine entsprechenden Fördermaßnahmen. Das Land NRW sollte an bestehenden universitären und außeruniversitären Einrichtungen die Grundfinanzierung zur Gewährleistung nachhaltiger Fachexpertise erhöhen.
2. Besonderer Bedarf besteht in der naturwissenschaftlich-technischen Friedensforschung. Prioritär ist hier die institutionelle Absicherung in NRW. Nötig ist die Schaffung eines *Center for Technology and Global Security* an einer Hochschule mit neuer dauerhafter Professur und einer Geschäftsführung. Eine Grundlage bietet der vom BMBF mit 3,2 Mio. EUR geförderte NRW-Friedensforschungs-Verbund VeSPoTec, welcher von der RWTH Aachen koordiniert wird. Eine mögliche Beteiligung des Bundes sollte erörtert werden.
3. Darüber hinaus würde eine kompetitive Ausschreibung von vier neuen Landesprofessuren in NRW einen wichtigen Beitrag leisten, um vielversprechende Themenbereiche zukunftsorientiert zu stärken.
4. Die NRW-Forschungsförderung sollte neue Programme vorsehen, in deren Rahmen ausgewählte Schwerpunktthemen der Friedens- und Konfliktforschung mittelfristig vertieft und für den Wissenschafts-Politik-Transfer aufbereitet werden.
5. Ein *Friedensforschungscampus NRW* könnte sich als gemeinsame Einrichtung der Friedens- und Konfliktforschung NRW zwischen Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Medien in NRW friedensbildenden Projekten widmen, die lokale, regionale und internationale Perspektiven auf Friedensarbeit miteinander verbinden, Zukunftsthemen bearbeiten und Potenziale entwickeln. Der Friedensforschungscampus würde den Dialog zu friedenswissenschaftlichen Themen stärken und Forschungsergebnisse sichtbarer nach Düsseldorf, Berlin und Brüssel tragen.

PD Dr. Jürgen Altmann

Experimentelle Physik III; Technische Universität Dortmund

Prof. Dr. Tobias Debiel

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) / Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research; Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Malte Götsche

Forschungsgruppe Nukleare Verifikation und Abrüstung; RWTH Aachen

Prof. Dr. Tobias Hecker

Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung; Universität Bielefeld

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Prof. Dr. Thomas Kron

Institut für Soziologie; RWTH Aachen

Dr. Irmgard Niemeyer

Institut für Energie- und Klimaforschung (IEK) / IEK-6: Nukleare Entsorgung Forschungszentrum Jülich GmbH

Prof. Dr. Paul Reuber

Institut für Geographie; WWU Münster

Prof. Dr. Conrad Schetter

Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Prof. Dr. Pierre Thielbörger

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV); Ruhr-Universität Bochum

Dr. Carmen Wunderlich

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Andreas Zick

Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung; Universität Bielefeld